

Außerordentliche Bundesdelegiertenkonferenz
Berlin, 26. Januar 2025

Antragsteller*in: Olivia Mohr (KV Wiesbaden)

Änderungsantrag zu WP-01-K2

Von Zeile 677 bis 681:

als ersten Schritt auf dem Weg zu einer Bürgerversicherung, dass auch Abgeordnete und ~~perspektivisch Beamte, unter Beibehaltung des Alimentationsprinzips, in die gesetzliche Rente einzahlen. Auch nicht anderweitig abgesicherte Selbstständige wollen wir unter fairen Bedingungen einbeziehen.~~ nicht anderweitig abgesicherte Selbstständige unter fairen Bedingungen in die gesetzliche Rente einbezogen werden.

Begründung

Die so geänderte Formulierung entspricht der Passage aus dem letzten Bundestagswahlprogramm. Es ist richtig auch darüber nachdenken, wie man Beamte in die Rentenversicherung einbeziehen kann. Das setzt aber langfristig angelegte Einigungen über alle föderalen Ebenen hinweg voraus, weil eine solche Regelung nicht allein bundesgesetzlich getroffen werden kann. Es ist daher nicht sinnvoll und löst nur unnötige Irritationen aus im Wahlprogramm etwas anzukündigen, was nicht allein auf Bundesebene umsetzbar ist.

weitere Antragsteller*innen

Simon Dylla (KV Wiesbaden); Linda Guzzetti (KV Berlin-Kreisfrei); Sebastian Wormsbächer (KV Berlin-Steglitz/Zehlendorf); Marcus Schmitt (KV Frankfurt); Brigitte Abraham (KV Frankfurt); Stephanie Theiss (KV Marburg-Biedenkopf); Yvonne Marchewitz (KV Hannover); Ralf Franke (KV Spree-Neiße); Heiko Glawe (KV Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf); Wiebke Garling-Witt (KV Stormarn); Beate Müller-Gemmeke (KV Reutlingen); Carsten Thomas Schmela (KV Hamburg-Eimsbüttel); Lars Klaus Aßhauer (KV Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg); Gabriele Raasch (KV Ludwigslust-Parchim); Ruth Wagner (KV Teltow-Fläming); Stephan Tondorf (KV Gelsenkirchen); Maik Babenhauserheide (KV Herford); Jan Schmid (KV Berlin-Tempelhof/Schöneberg); Marc Kersten (KV Köln); sowie 34 weitere Antragsteller*innen, die online auf Antragsgrün eingesehen werden können.